

Staatsfinanzen und Steuern

aktualisiert März 2010



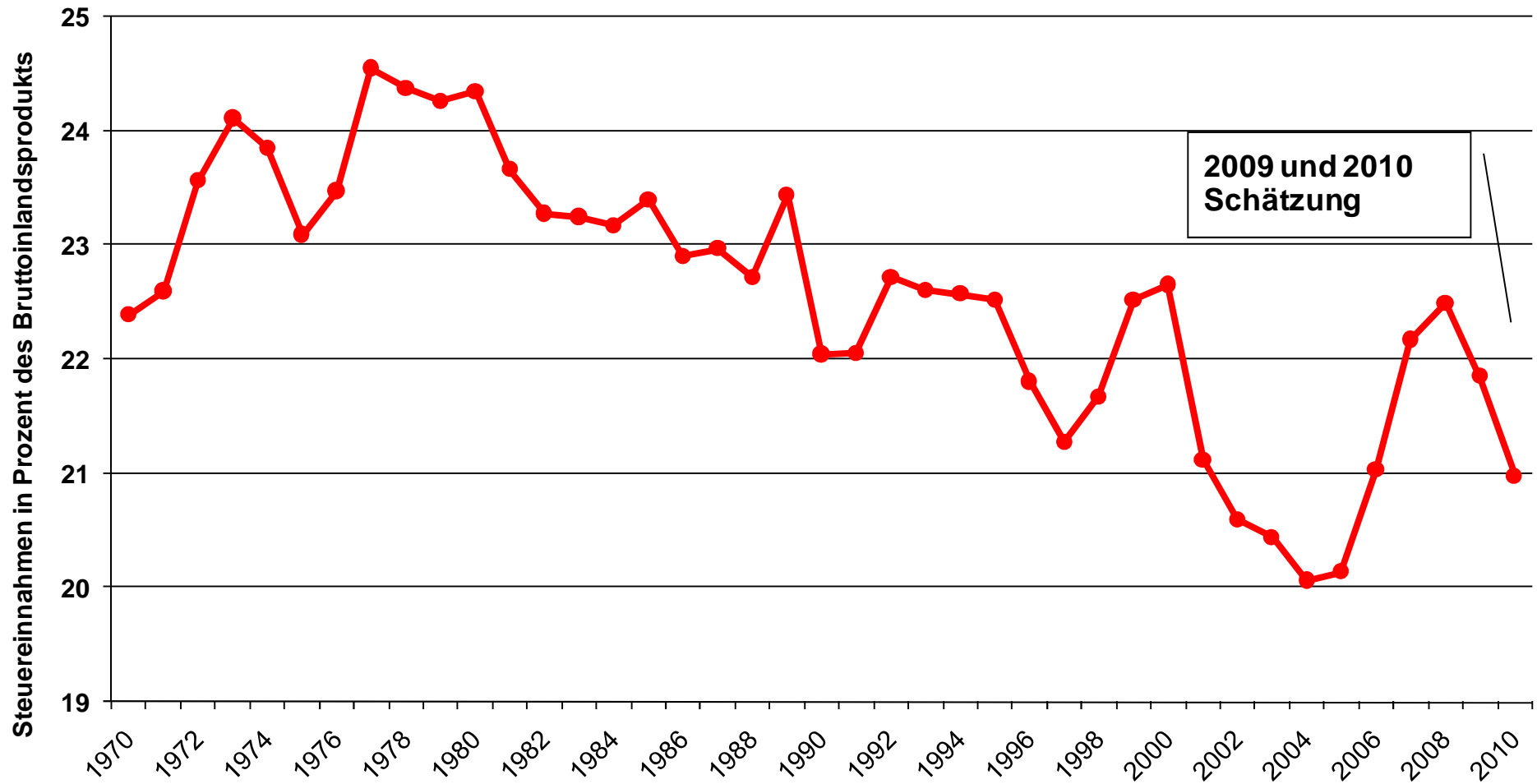
ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik
www.wipo.verdi.de

Die Steuerquote - der Anteil der Steuereinnahmen an der jährlichen Wirtschaftsleistung - sinkt im Trend seit über 30 Jahren. Beispiellos ist der Absturz von 2000 bis 2005. Der Staat verzichtete durch Steuergeschenke vor allem an Reiche und Unternehmer jährlich auf bis zu 60 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Im Aufschwung und durch die Mehrwertsteuererhöhung ist die Steuerquote seit 2006 wieder angestiegen. Seit 2009 sinkt sie wieder durch abnehmende Steuereinnahmen auf Gewinne. Beschäftigte und Verbraucher tragen heute rund zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens. Auf Gewinne und Kapitaleinkommen entfallen nur ein knappes Fünftel der Steuereinnahmen.



Steuerquote in Deutschland

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



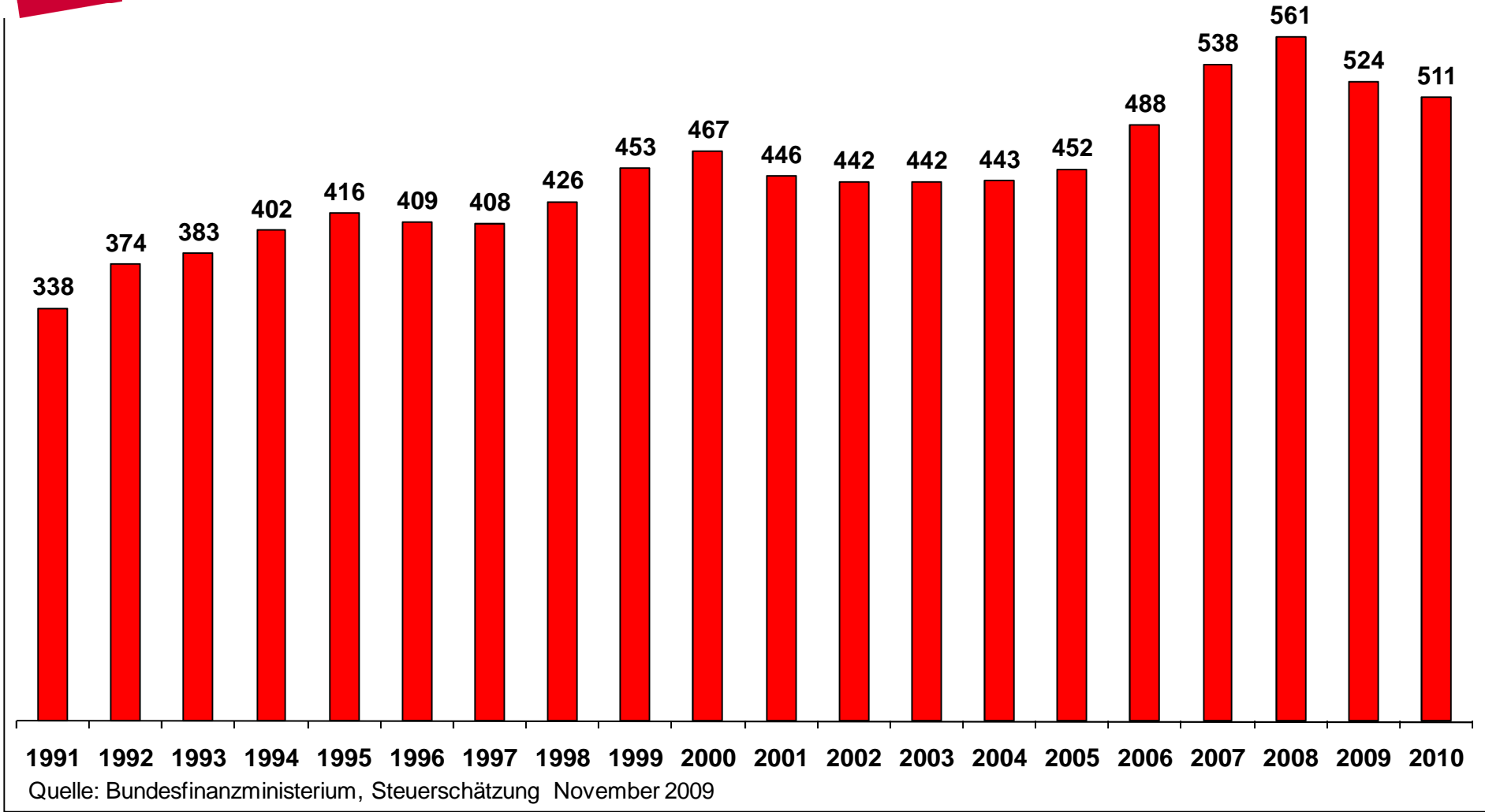
2009 und 2010
Schätzung

Quelle: Bundesfinanzministerium, ab 2008 Steuerschätzung vom Nov 2009



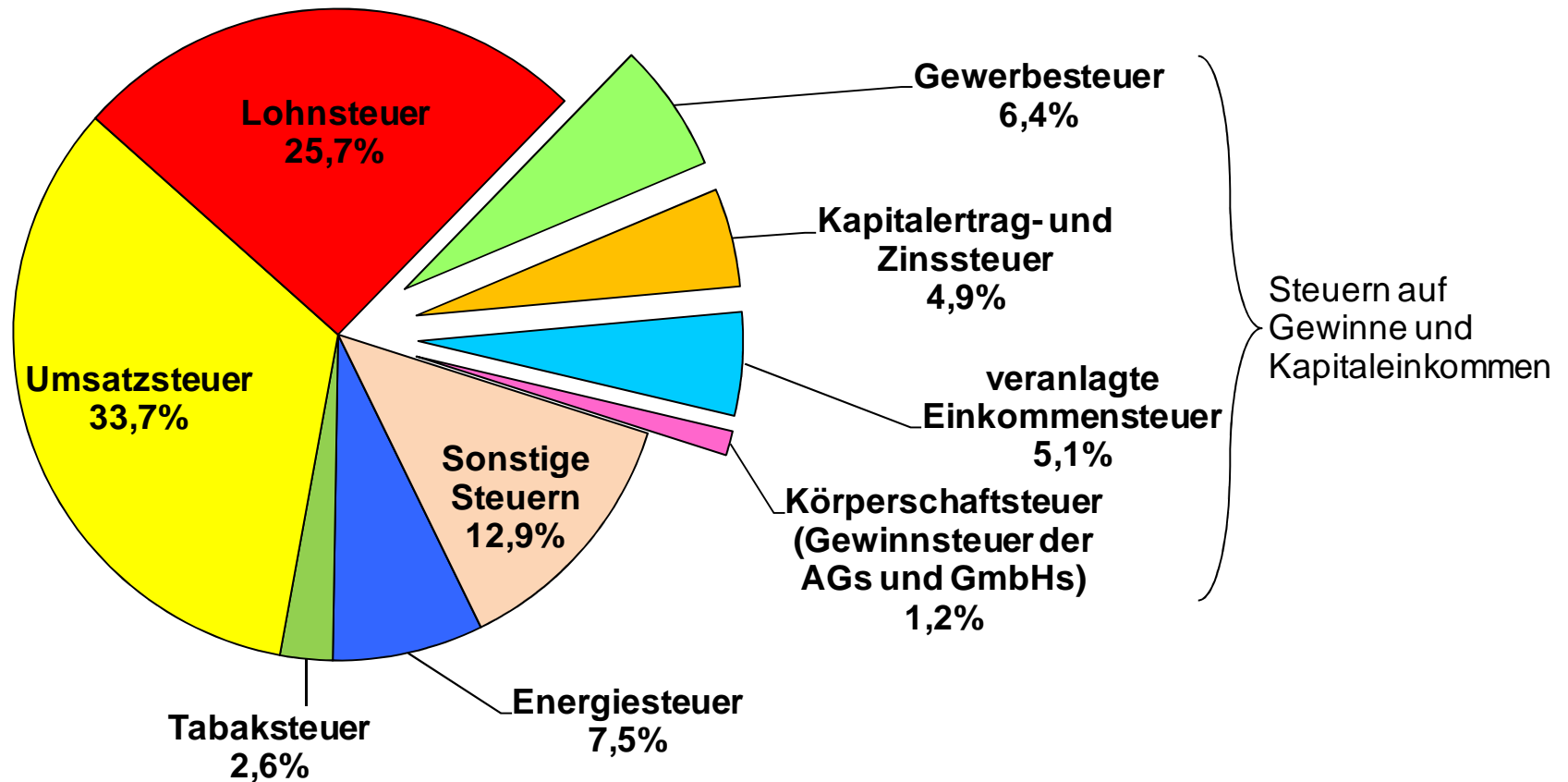
Steuereinnahmen in Milliarden Euro

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Wer finanziert den Staat?

Anteil der Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen 2009



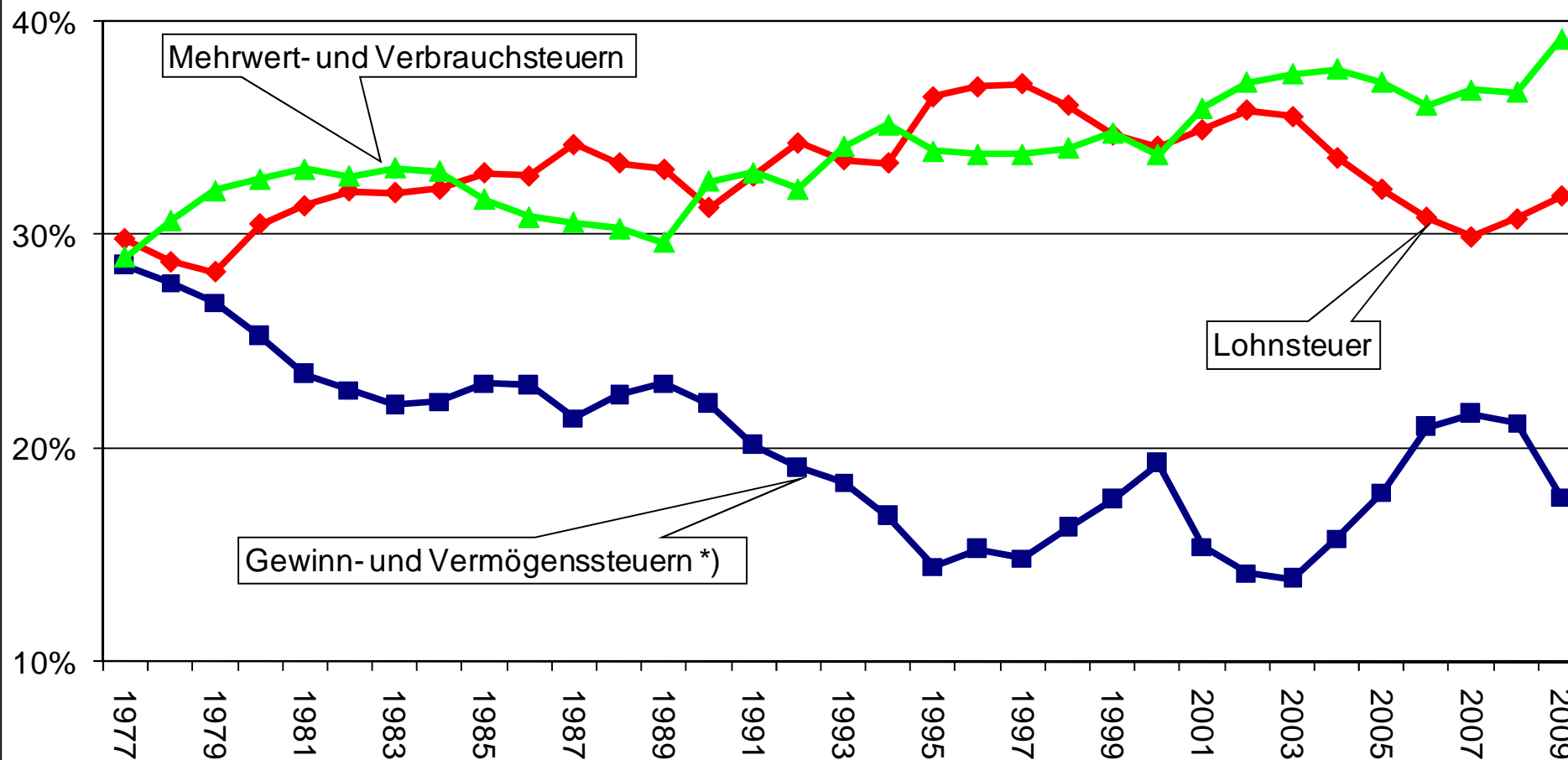
Quelle: Steuerschätzung November 2009



Entlastung der Gewinne und Vermögen

Anteile an den Steuereinnahmen

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



*) Körperschaftsteuer + Gewerbesteuer + veranlagte Einkommensteuer + Kapitalertragsteuer + Zinsabschlagsteuer + Vermögensteuer
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

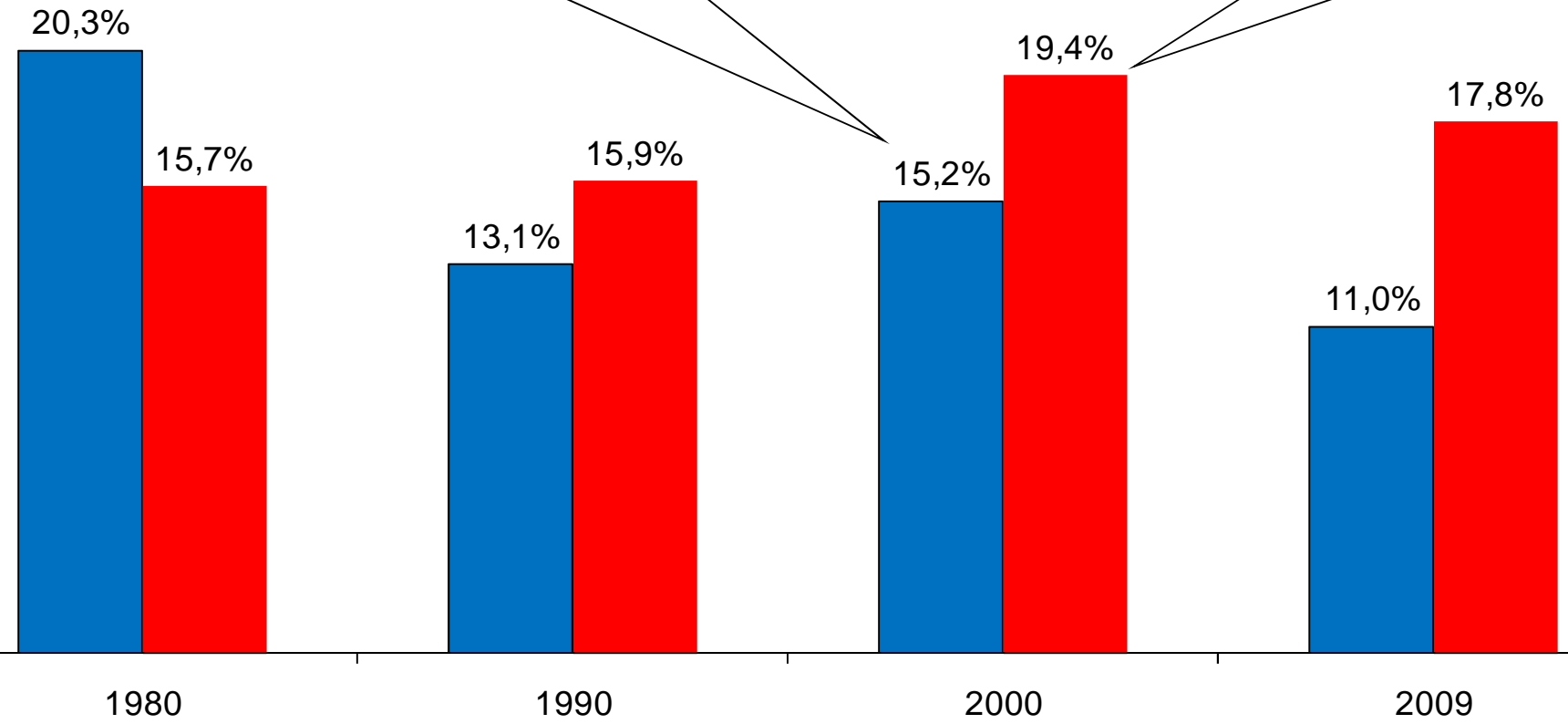


Steuerentlastung der Gewinne und Vermögenseinkommen

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Steuerbelastung* der privaten Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter



*) Körperschaftsteuer + Gewerbesteuer + veranlagte Einkommensteuer + Kapitalertragsteuer + Zinsabschlagsteuer + Vermögensteuer
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Deutschland hat eine der niedrigsten Steuerquoten der hoch entwickelten Länder der Welt.

Auch wenn Steuern und Sozialabgaben zusammen betrachtet werden, liegt Deutschland am unteren Ende. Hätte Deutschland die Steuer- und Abgabenquote zum Beispiel Frankreichs, wären die Einnahmen 180 Milliarden Euro im Jahr höher.

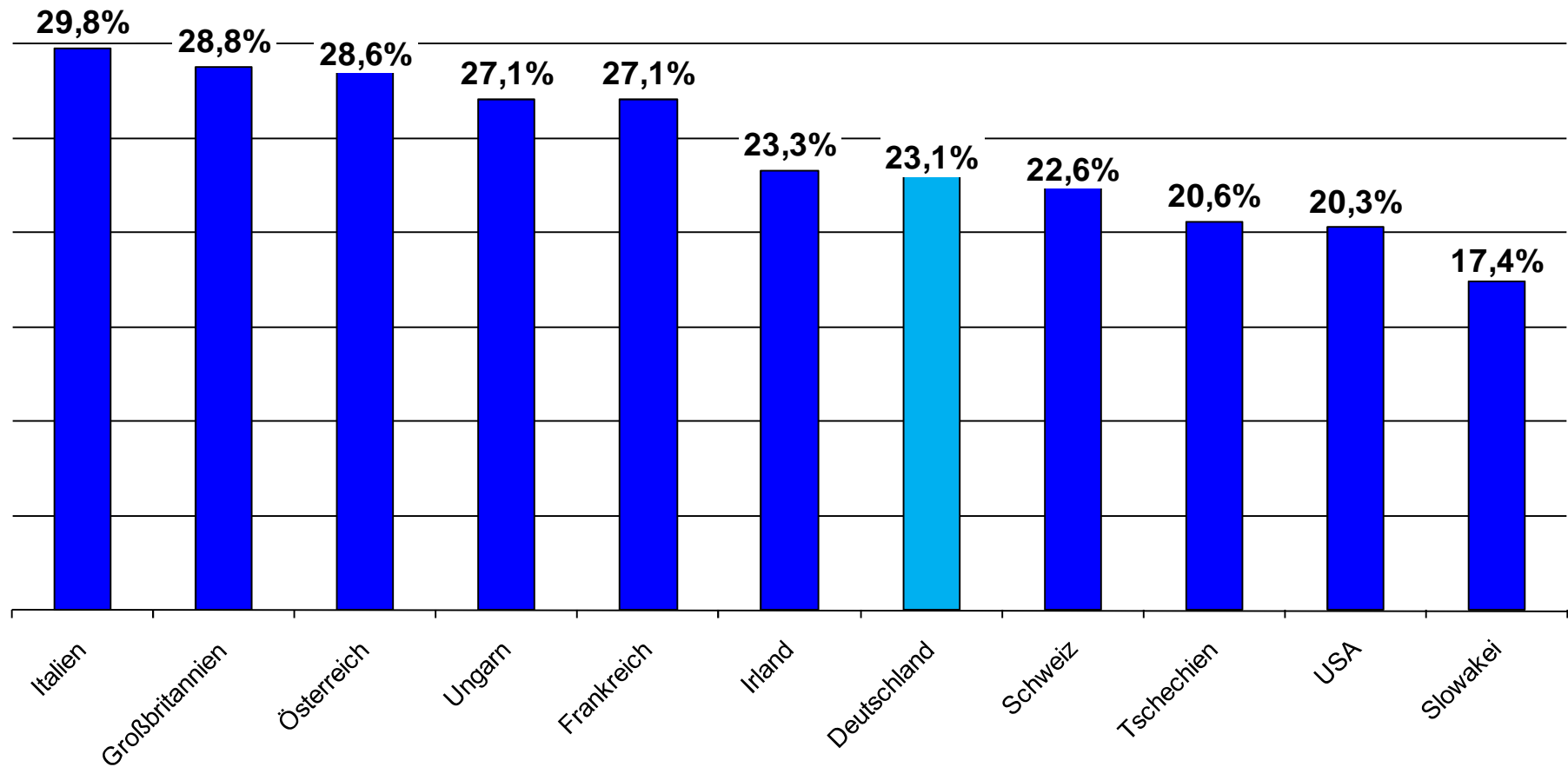
Besonders niedrig sind im Vergleich die Steuern auf Eigentum und die Einkommen- und Gewinnsteuern.



Hochsteuerland Deutschland?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Steuereinnahmen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2008



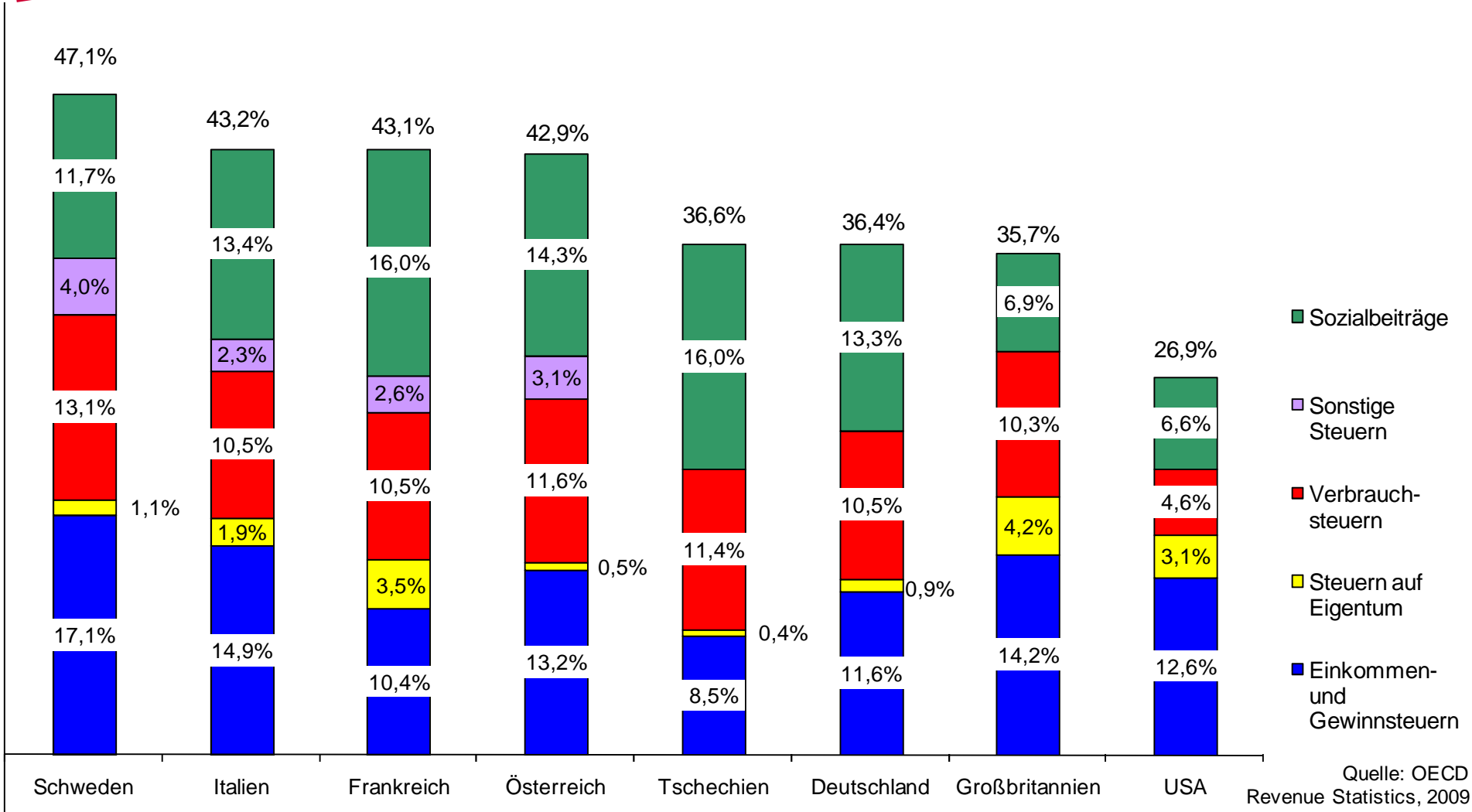
Quelle: OECD Revenue Statistics 2009



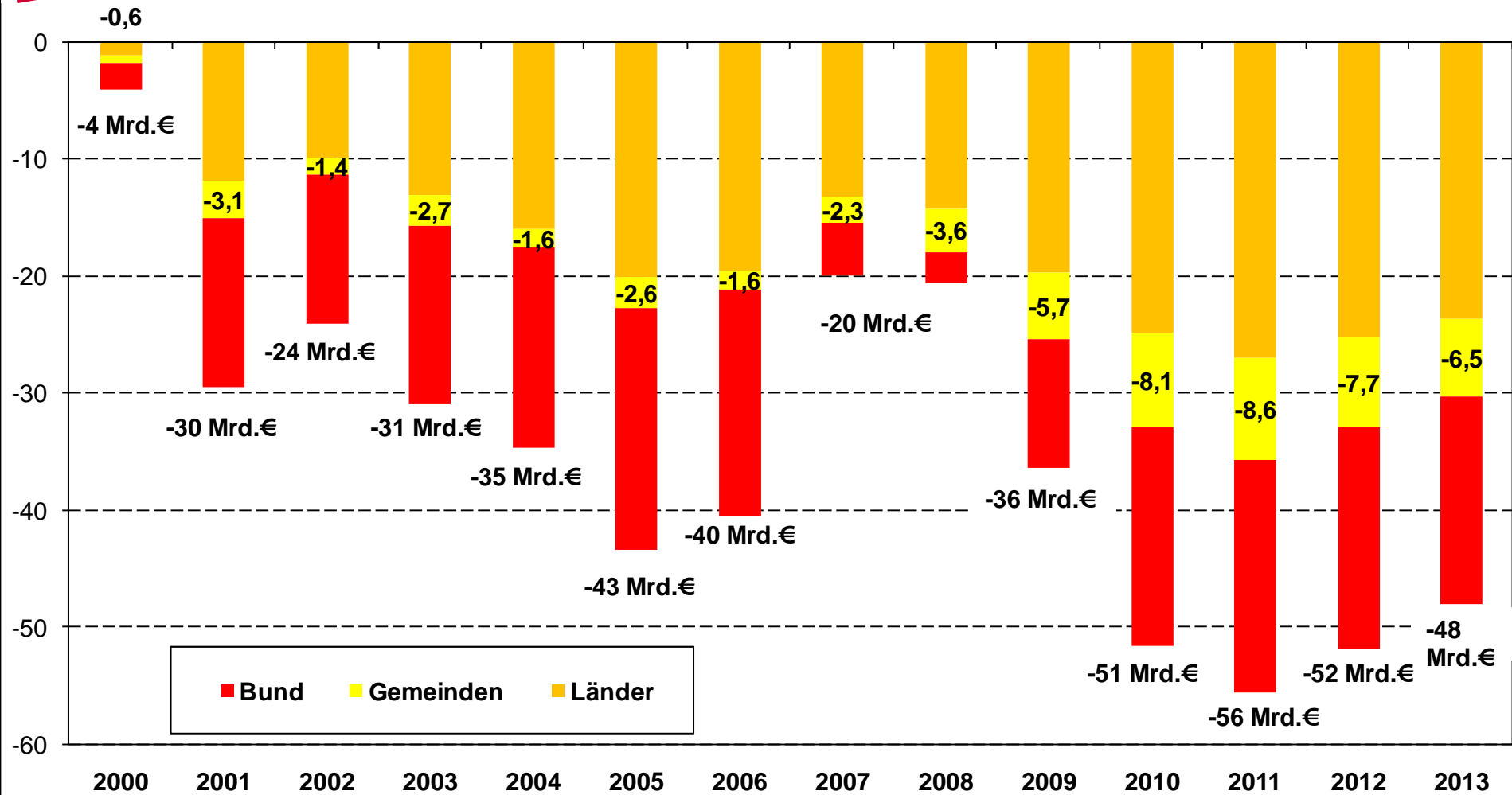
Steuer- und Abgabenquote in Deutschland niedrig

Steuern und Abgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2008

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



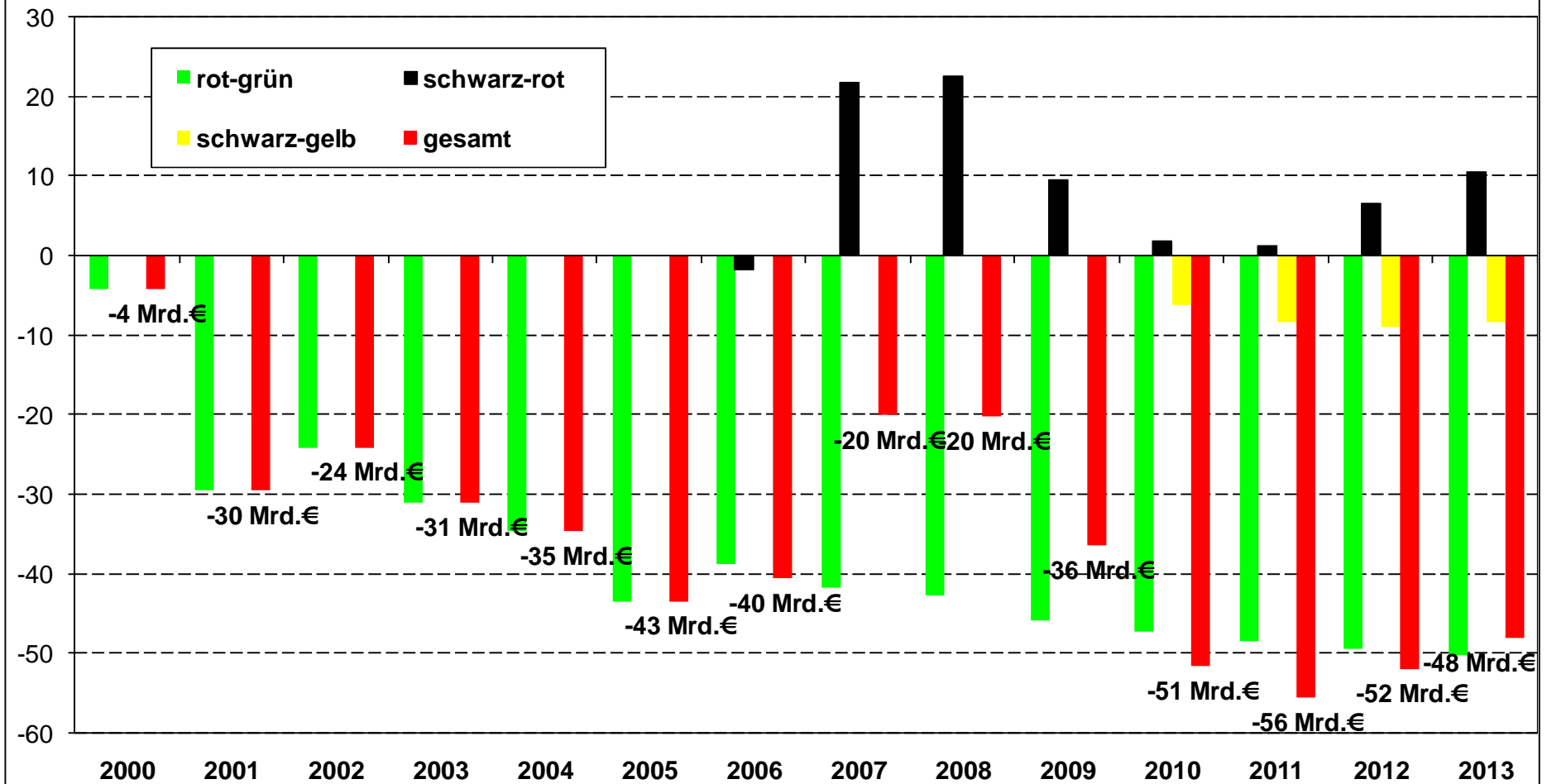
Einnahmeausfälle für Bund, Länder und Gemeinden durch Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

Den Staat arm "reformieren"

Einnahmeausfälle durch Steuergesetzesänderungen seit 1998



Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

Bei den Ausgaben von Staat und Sozialversicherung wird meist nur auf die absolute Höhe geschaut. Selbst hier gab es in den vergangenen Jahren keine hohen Steigerungen. Die Einnahmen sanken sogar 2001 und sehr stark in der Krise 2009 und 2010.

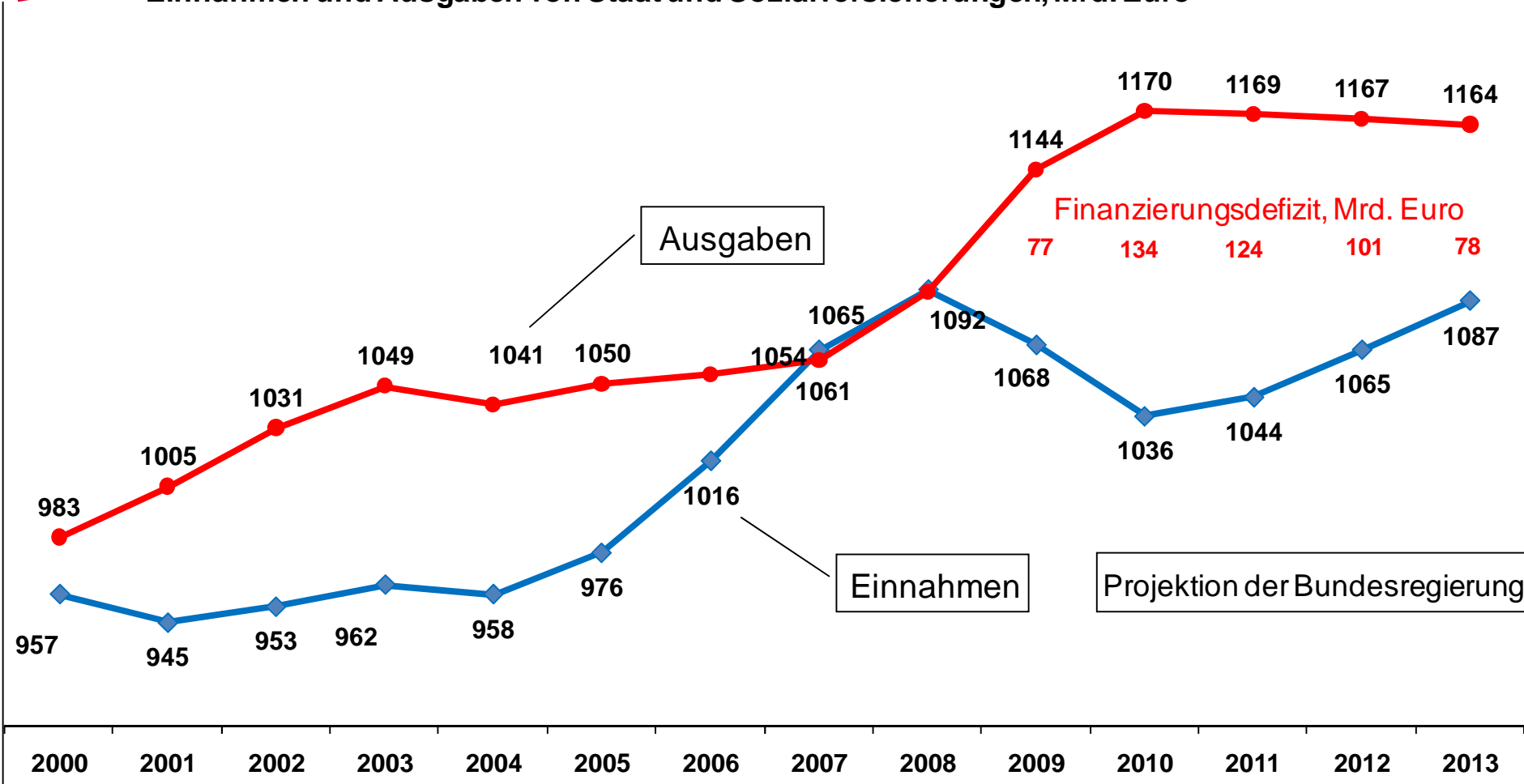
Ein besserer Maßstab ist der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt: Wenn die Wirtschaft schneller wächst als die Ausgaben von Staat und Sozialversicherung bedeutet dies, dass wir uns einen kleineren Teil des gesamten Reichtums für öffentliche Aufgaben und soziale Sicherheit leisten. Das war in den vergangenen Jahren der Fall. Die Bundesregierung will die Einnahmen sogar noch weiter auf nur noch 42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts drücken. Damit wäre ein weiterer massiver Abbau des Sozialstaats programmiert.



Sozialstaat in der Krise

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Einnahmen und Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen, Mrd. Euro



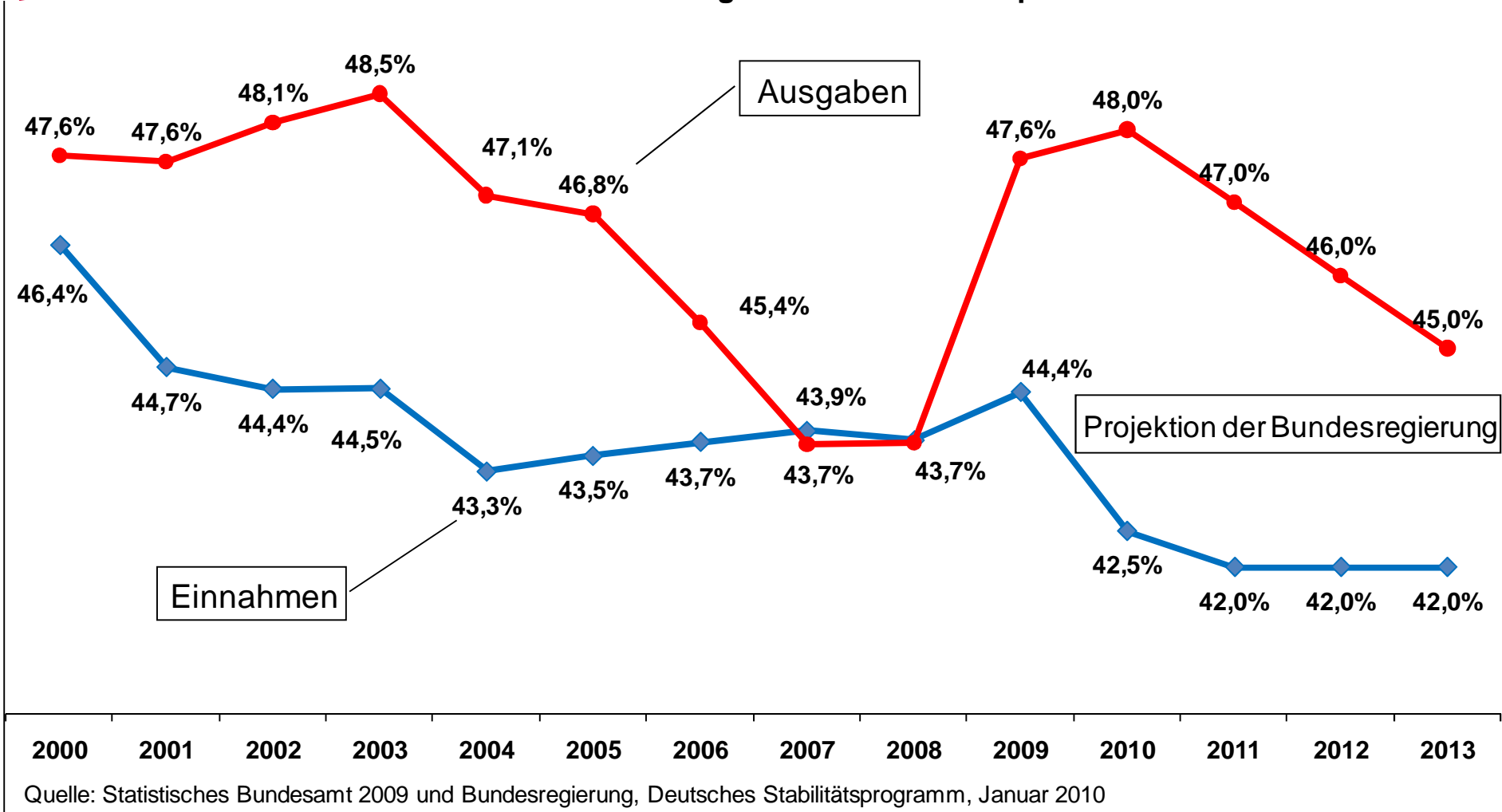
Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 und Bundesregierung, Deutsches Stabilitätsprogramm, Januar 2010, eigene Berechnungen



Sozialstaat in der Krise

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt



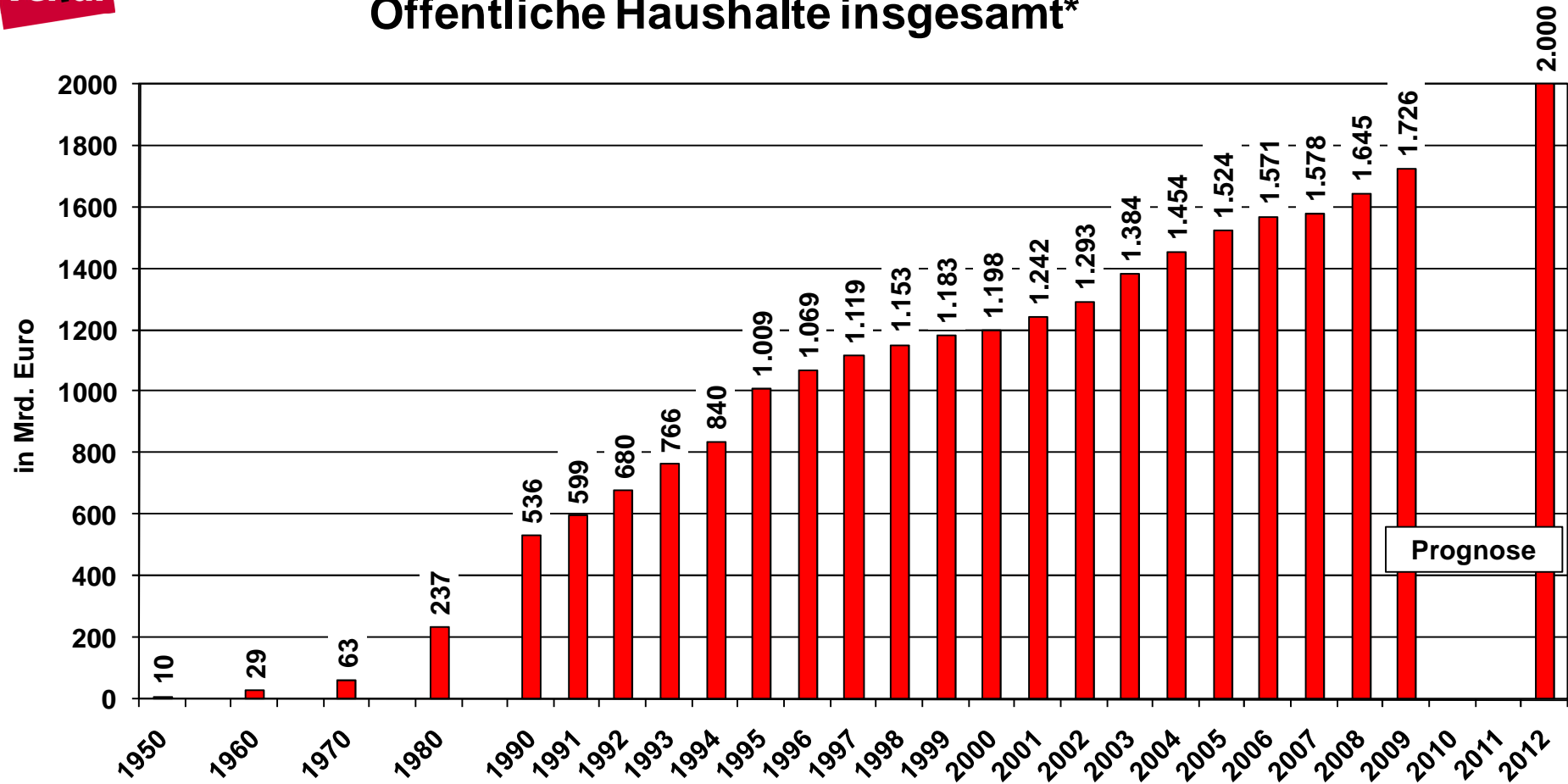
In absoluten Zahlen ist die Staatsverschuldung in den 1990er Jahren nach der deutschen Einheit stark gestiegen, dann nach 2001 durch das schwache Wirtschaftswachstum. Einen massiven Schub der Neuverschuldung gibt es in der gegenwärtigen Krise.

Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt - der Schuldenquote - war der Anstieg bei weitem nicht so stark. Der Verzicht auf Steuereinnahmen durch die „Reformen“ der Bundesregierung und die Krise lassen die Schuldenquote aber absehbar wieder ansteigen. Im internationalen Vergleich ist die deutsche Staatsverschuldung aber noch moderat und nicht problematisch.



Entwicklung der Staatsschulden Öffentliche Haushalte insgesamt*

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



*Bund, Länder, Gemeinden, Sonderrechnungen des Bundes,

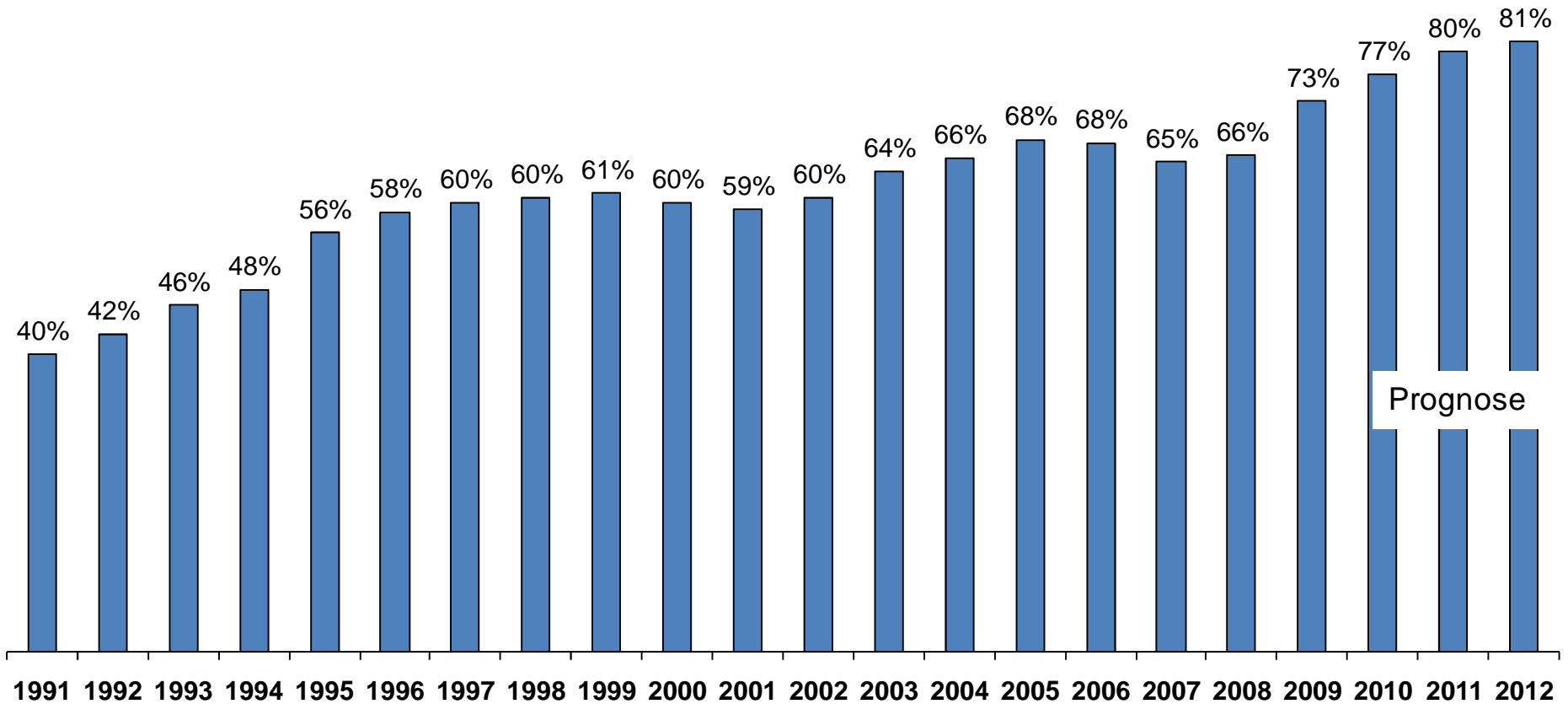
Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2003, Deutsche Bundesbank Monatsbericht Oktober 2009



Entwicklung der Staatsschulden in Deutschland

in Prozent am Bruttoinlandsprodukt

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Prognose

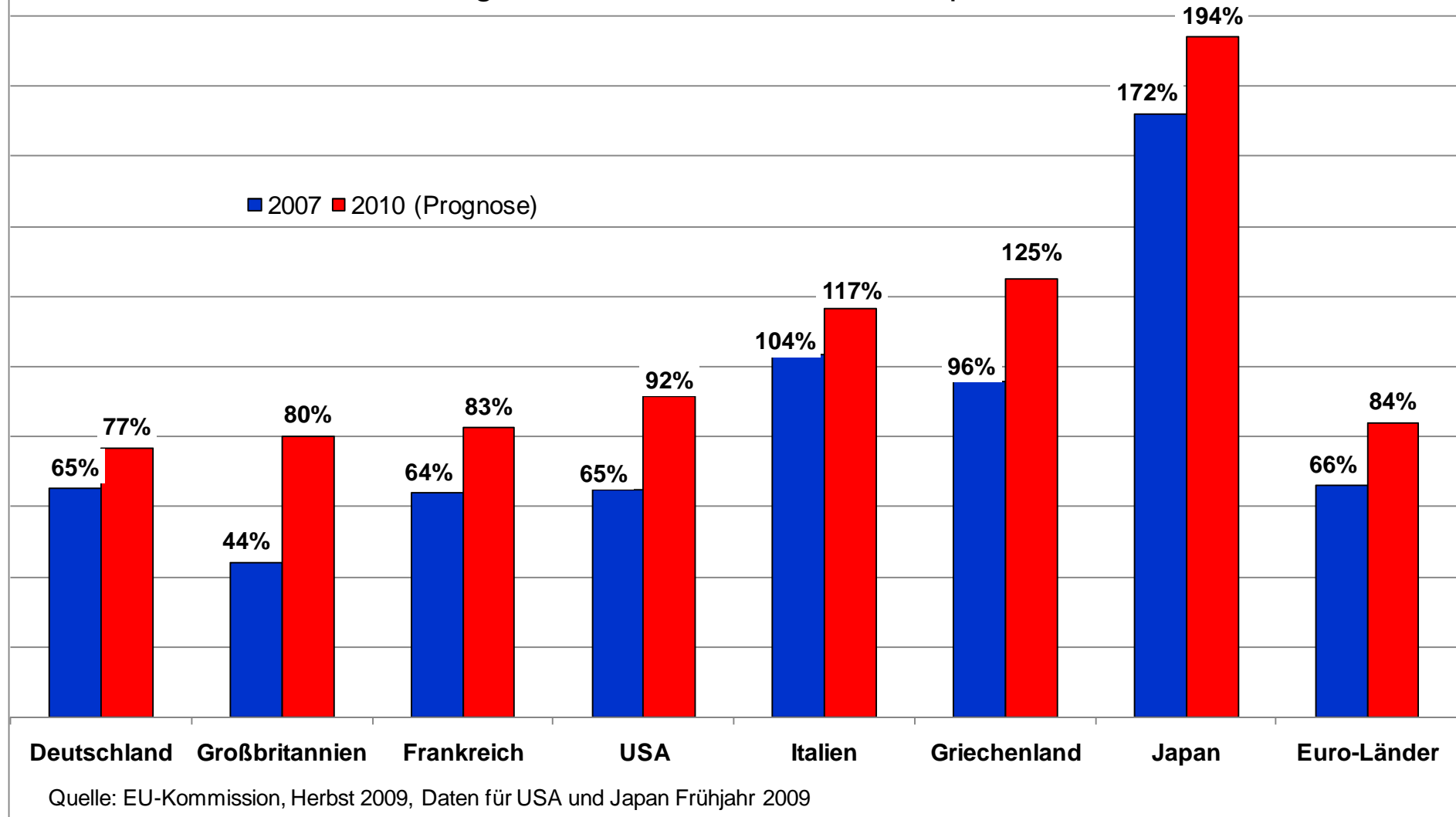
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2010, Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht Februar 2010, Bundesbankstatistik



Wo sind die Grenzen?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



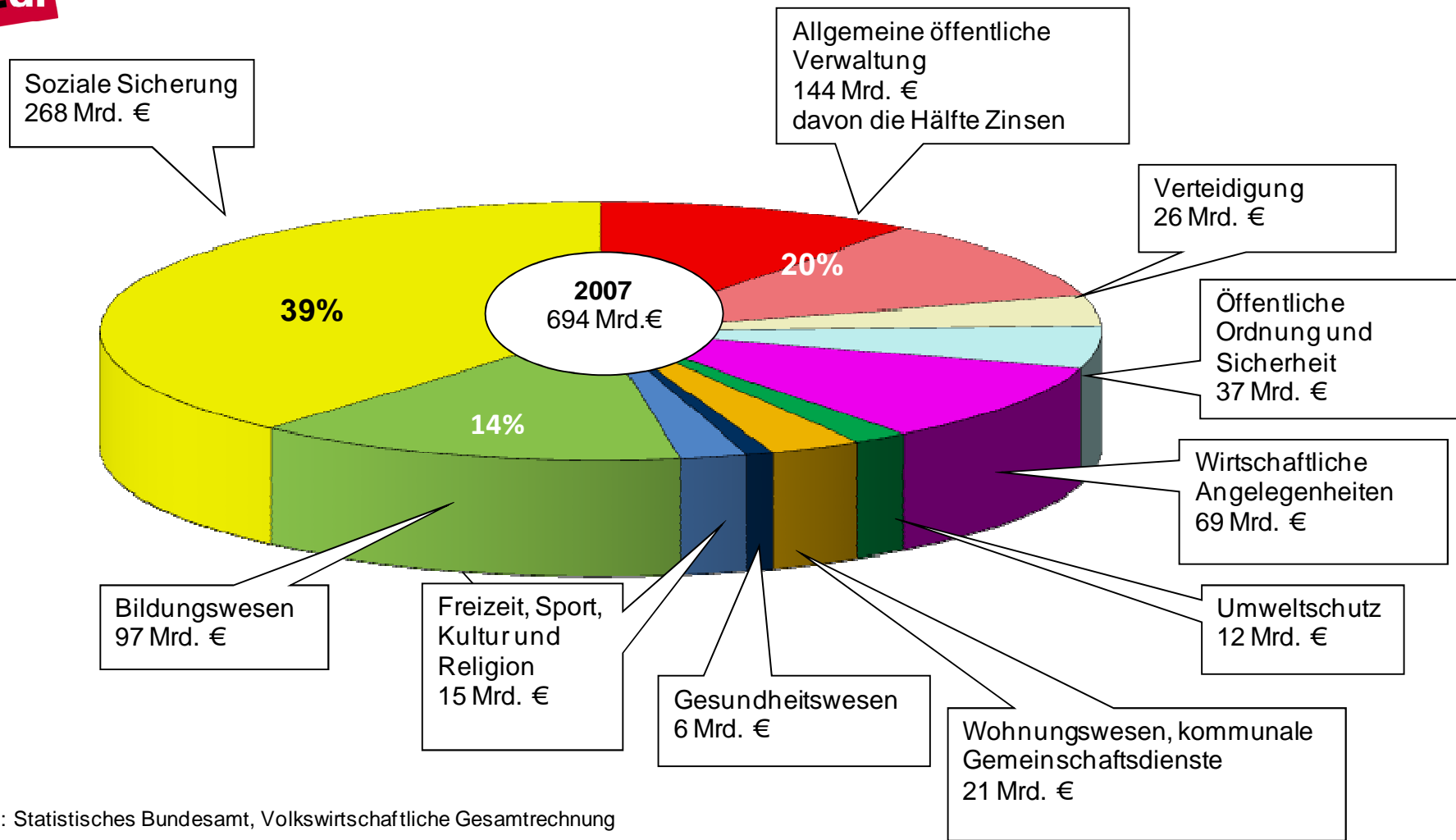
Fast 40 Prozent der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind für die soziale Sicherheit. Das meiste davon wird als Kindergeld, Rente, Pension oder Arbeitslosengeld direkt wieder an die ausgezahlt, die es tatsächlich brauchen.

Für soziale Leistungen insgesamt gibt der Staat heute einen größeren Teil der Ausgaben aus als früher. Wesentliche Ursache ist die höhere Arbeitslosigkeit. Kräftig gekürzt hat er bei den Ausgaben für das Personal.



Wofür gibt der Staat Geld aus?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



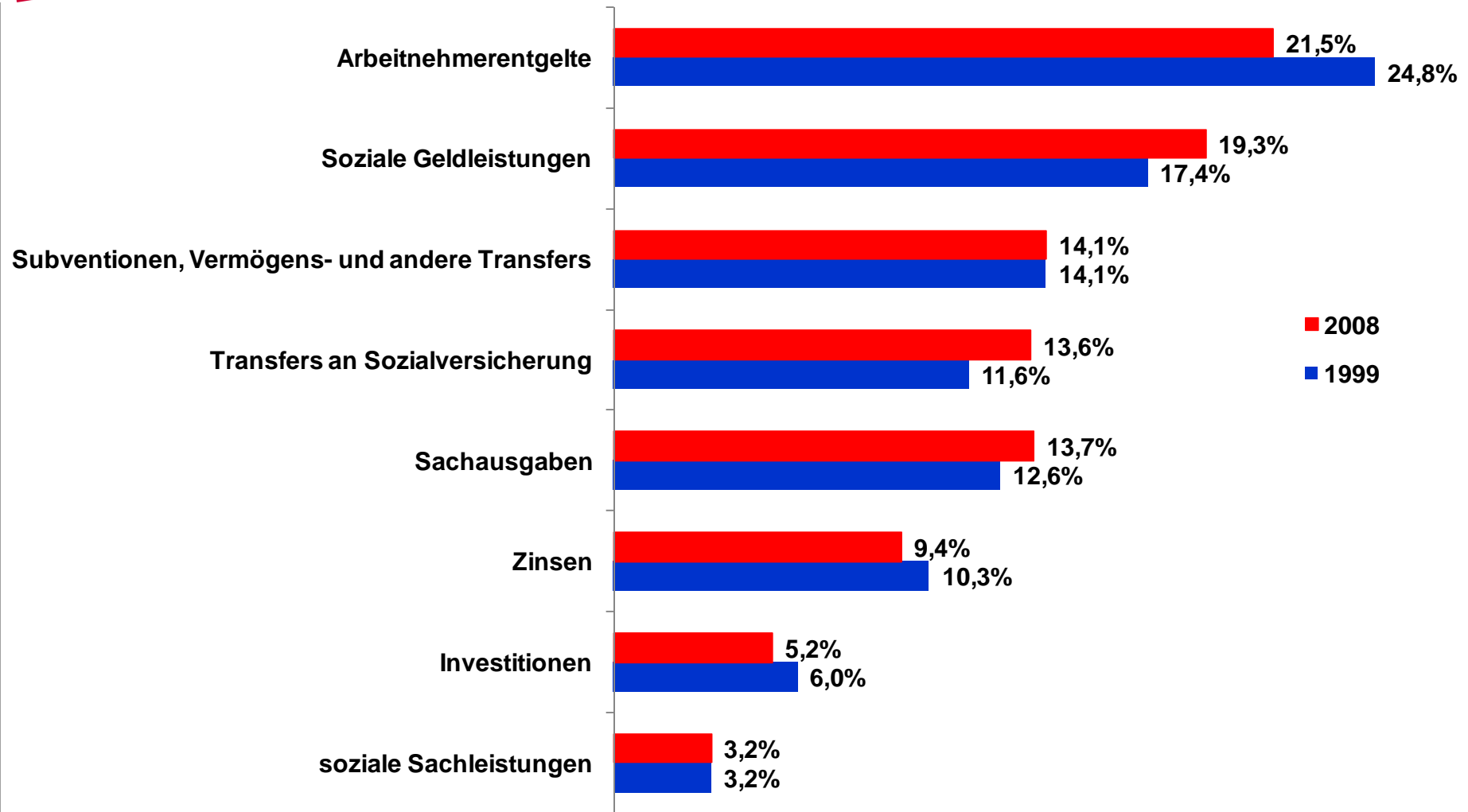
Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung



Weniger für Beschäftigte, mehr für Soziales

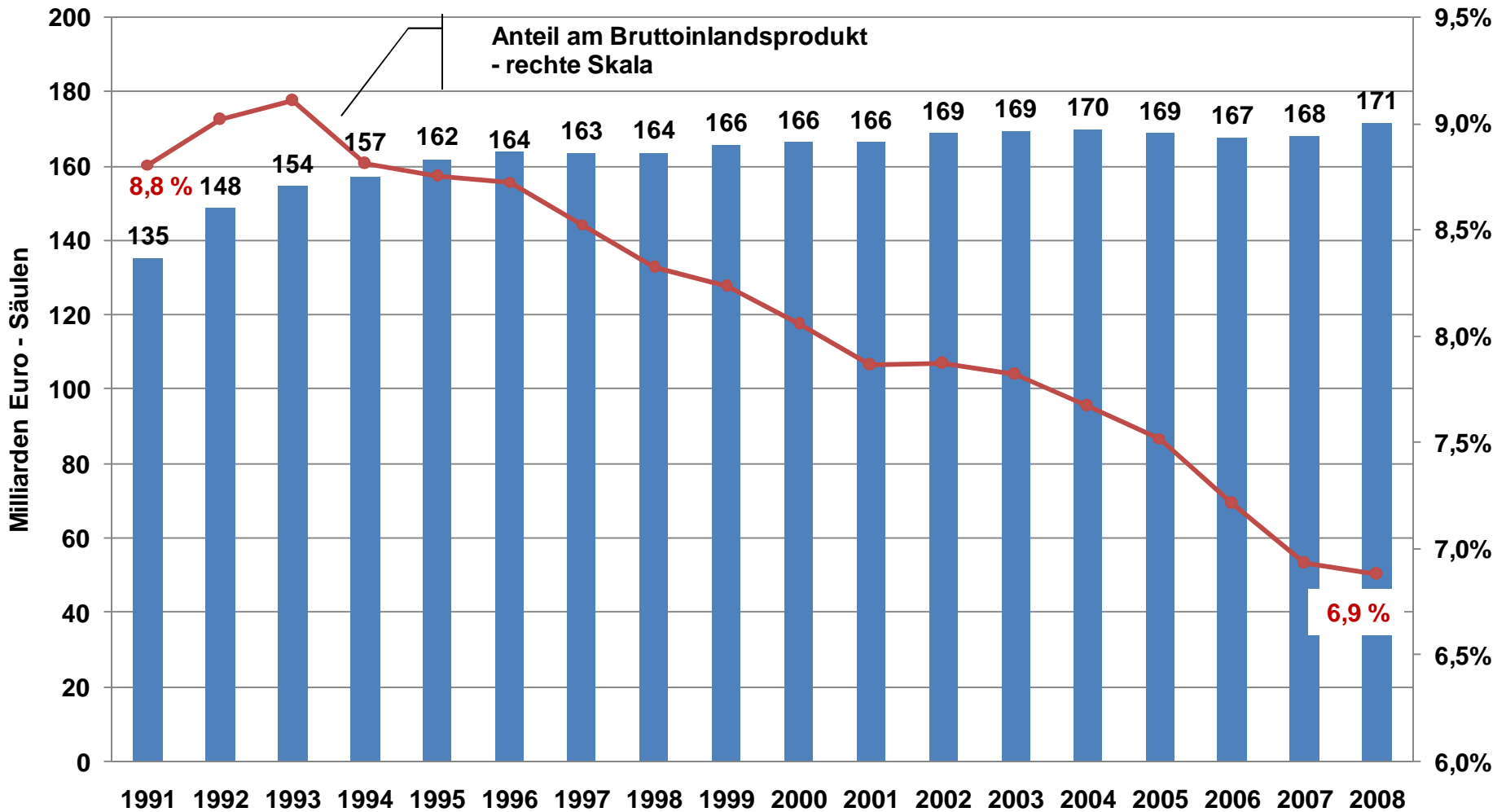
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Anteile an den Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnung

Personalausgaben des Staates



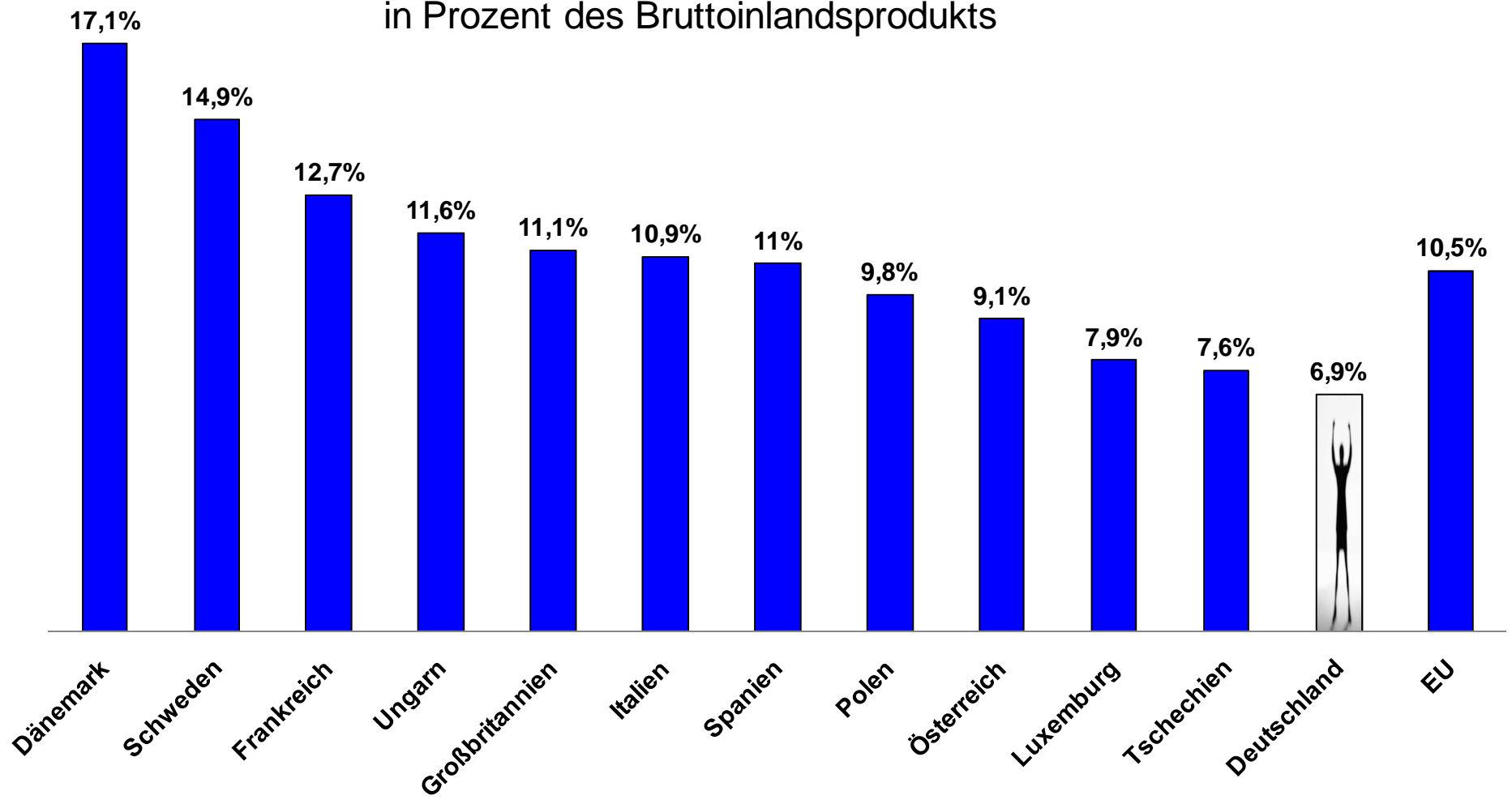
Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen



Suppenkaspar Deutschland

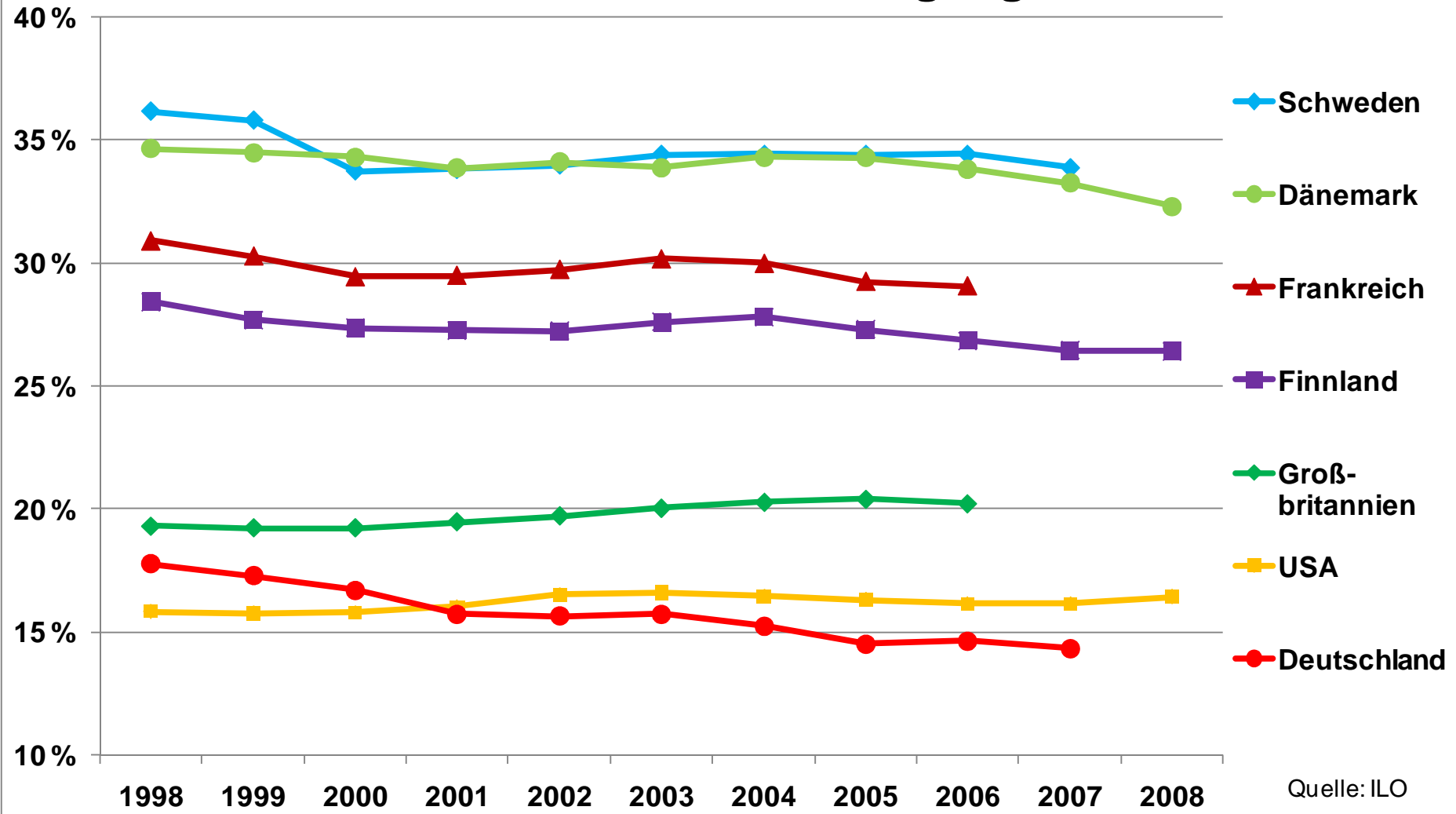
Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2008
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

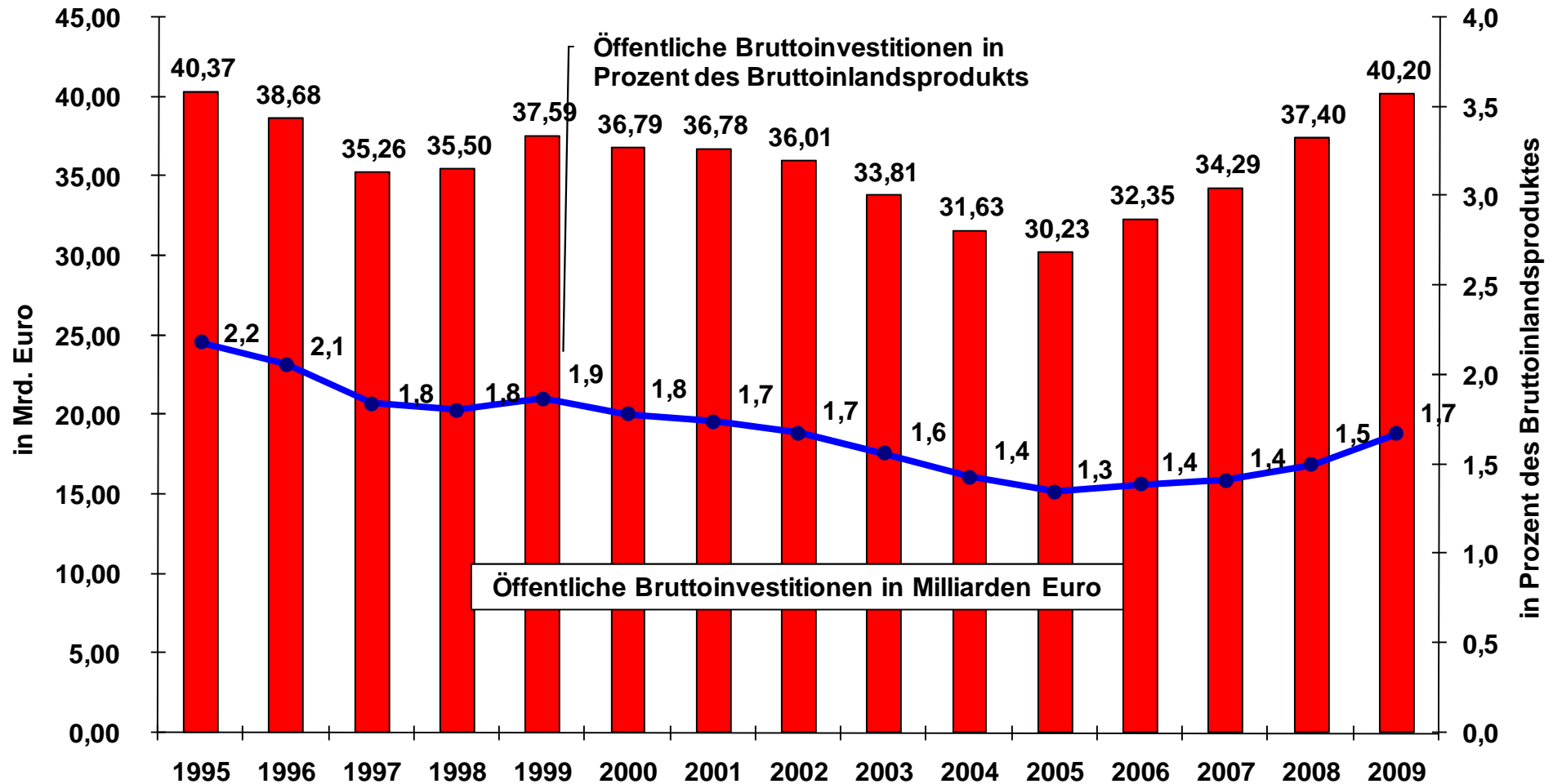


Quelle: Europäische Kommission

Anteil der öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung



Öffentliche Investitionen



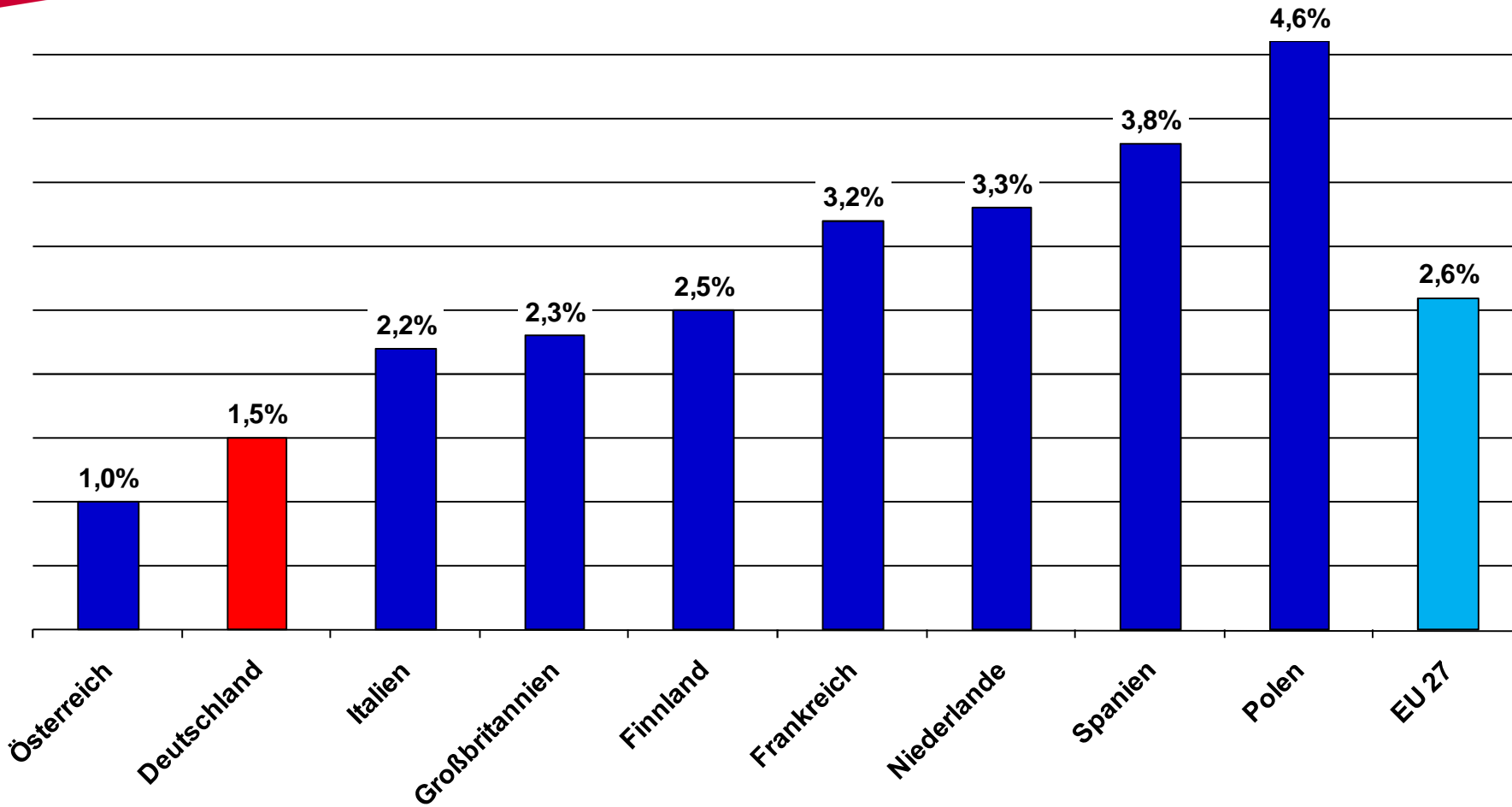
Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung



Öffentliche Investitionen in Deutschland gering

2008, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Europäische Kommission

ver.di fordert:

- Stärkung der Staatsfinanzen und wieder mehr Steuergerechtigkeit
- Der Spitzensteuersatz muss wieder auf 50 Prozent angehoben werden.
Schlupflöcher müssen geschlossen werden
- Unternehmen müssen wieder mehr zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur beitragen
- Wiedererhebung der Vermögensteuer und gerechte Reform der Erbschaftsteuer